

Das Historische Seminar der Universität Hamburg hat sich in einer auf der Institutsversammlung am 22. Juni 2011 erarbeiteten Erklärung mit Nachdruck gegen Kürzungen der Landesmittel für die Wissenschaft ausgesprochen. Bildung, Kultur und Wissenschaft stellen nach Auffassung des Historischen Seminars eine Einheit, ein politisches Handlungsfeld dar. Wer einen Teil dieser Einheit schwächt, beeinträchtigt dauerhaft auch die anderen Teile. Eine bedarfsdeckende Finanzierung von Lehre und Forschung ist unverzichtbar für eine lebendige Demokratie und eine solidarische Gesellschaft. Dringend notwendig ist außerdem eine Verzahnung der Reformprozesse an den Hochschulen: eine rasche Verabschiedung eines neuen Hochschulgesetzes, die Erarbeitung einer nachhaltigen Struktur- und Entwicklungsplanung für Lehre, Forschung und Weiterbildung, Verwaltung und Dienstleistung sowie die dieser Planung entsprechende bauliche Erneuerung.

Die Erklärung im Wortlaut:

„MODERNE STADT“: „BILDUNG IST BÜRGERRECHT“

Das Historische Seminar der Universität Hamburg begrüßt die Resolution des Akademischen Senats und den Beschluss des Akademischen Senats vom 12. Mai 2011 und unterstützt die darin enthaltenen Forderungen, insbesondere auch die zur auskömmlichen Finanzierung der Universität nachdrücklich. Die Kürzungspläne des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg widersprechen nicht nur den Wahlversprechen und Absichtserklärungen, die von der Hamburger SPD gegenüber dem Akademischen Senat abgegeben wurden und die innerhalb der Hochschulen große Zustimmung gefunden hatten, sie stehen auch im Widerspruch zu zentralen Aussagen der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz vor der Hamburgischen Bürgerschaft am 23. März 2011. Dort wird darauf verwiesen, dass es Städte waren, „in denen die Demokratie erdacht und gelebt wurde“, „in denen die großen Erfindungen gemacht wurden“, „in denen Wissen und Wohlstand zum Allgemeingut wurden“. Städte, so wurde weiter erklärt, „sind Motoren der Veränderung, Inkubatoren des Neuen, stets im Werden. Labore, in denen ausprobiert werden kann, was sich anderswo noch niemand traut“.

„VON DER KITA BIS ZU DEN HOCHSCHULEN: ALLEN ALLE CHANCEN ERÖFFNEN“

Wenn die „moderne Stadt“ geschaffen werden soll „mit Kitas, Schulen und Hochschulen, die allen jungen Menschen beste Bildung vermitteln, mit exzellenten Forschungseinrichtungen, die Innovationen zum Alltag machen“, dann erfordert dies nicht nur, „dass junge Menschen in Hamburg alle Chancen auf einen ordentlichen Schul- und Berufsabschluss bekommen“, sondern auch, dass junge Menschen aus allen Schichten in Hamburg studieren, dass sie alle den Bachelor und den Master erwerben können, dass sie engagierte Lehrer und Wissenschaftler werden können.

Die Behauptung, in Kitas und Schulen bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, wird ad absurdum geführt, wenn die Ausbildung der Lehrer in den geisteswissenschaftlichen Fächern vernachlässigt wird.

„VOLLE KOMPENSATION DER STUDIENGEBÜHREN“

Die sofortige Abschaffung der Studiengebühren ist ein grundlegender Schritt, um Allen, die dies anstreben, ein wissenschaftliches Studium zu ermöglichen. Wir erwarten daher klare und verbindliche Aussagen darüber, wie der Wegfall der Studiengebühren kompensiert werden soll.

„DEMOKRATISCHE HOCHSCHULGESETZGEBUNG ALS GRUNDVORAUSSSETZUNG“

In der Regierungserklärung heißt es: „Ohne Wissenschaft, Lehre und Forschung werden wir die Zukunft nicht gewinnen. Hamburgs Hochschulen haben in den vergangenen Jahren unter schwierigen Bedingungen viel geleistet. Wir werden dafür sorgen, dass sie unter besseren Rahmenbedingungen arbeiten können.“ Dieser richtigen Einsicht stehen die Kürzungspläne diametral entgegen. Bessere Rahmenbedingungen erfordern zwingend mehr, nicht weniger Mittel für die Hamburger Hochschulen. Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ebenso notwendig ist die schnelle, wegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Juli 2010 ohnehin gebotene Reform des Hamburgischen Hochschulgesetzes, die geleitet sein muss von den Prinzipien der Teilhabe und Transparenz, d. h. demokratischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, sowie einer klaren Aufgabenzuweisung an Fachbereiche, Fakultäten und Präsidialverwaltungen, die eine mittel- und langfristige, verlässliche Planungssicherheit für die an den Hamburger Hochschulen vertretenen Fächer und die dafür erforderlichen Stellen in Lehre, Forschung, Dienstleistung und Verwaltung und eine davon abgeleitete Bauplanung, die für alle Mitglieder der Universität deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen schafft, gewährleistet.

„UNIVERSITÄT ALS ZUKUNFTSAUFGABE DER STADT“

Die miteinander verbundenen Reformprozesse müssen als eine über Wahlrhythmen und Legislaturperioden hinausgehende Zukunftsaufgabe der Stadt begriffen und im Dialog aller Beteiligten umgesetzt werden. Hochschulen, die ihre Aufgaben erfüllen können, sind ebenso Bestandteil der Lebensqualität, der Attraktivität und der

Ausstrahlungskraft einer Stadt, zumal der Metropole Hamburg, wie gute Schulen und eine „lebendige kulturelle Szene“ als „Ausdruck einer lebendigen Bürgergesellschaft“ (so die Regierungserklärung). Wenn der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg in diesen Bereichen deutliche Akzente setzt, wenn er – wie im Falle der Kultur – „den Negativtrend von Kürzungen, Streichungen und Schließungen“ umkehren will, dann erfordert auch dies mehr Mittel für die Hochschulen und die Wissenschaft. Bildung, Kultur und Wissenschaft bilden ein politisches Handlungsfeld. Wer einen Teil schwächt, gefährdet auch die anderen. Dies gilt für die Lehrerbildung ebenso wie für die engen Verflechtungen zwischen Kultureinrichtungen und den Geisteswissenschaften. Hier bietet Hamburg im Übrigen noch viele Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Hochschulen, Archiven, Bibliotheken, Gedenkstätten, Geschichtswerkstätten, Museen und Theatern. Dies gilt auch für die an der Universität noch vorhandenen vielfältigen Möglichkeiten, sich mit fremden Sprachen und Kulturen vertraut zu machen, auch hier liegen Potentiale, die gerade in einem Welthafen und einer Welthandelsstadt noch zu steigern sind. Lebendige Demokratie und friedliche internationale Beziehungen bedürfen der historisch-politischen Bildung, brauchen geistes- und sozialwissenschaftliche Kompetenzen. Für die Medienstadt Hamburg sind sie unverzichtbare Grundlagen.

„HAMBURG ALS KULTUR- UND WISSENSCHAFTSMETROPOLE“

„Gute Kulturpolitik“, so heißt es in der Regierungserklärung, „kann nur gelingen, wenn sie von einem Verständnis für die Bedeutung der Kultur für Demokratie und Freiheit und unser Zusammenleben getragen ist. Nur dann entsteht ein Milieu, aus dem heraus Neues gedacht wird und Neues entstehen kann.“ Dieser Satz gilt auch für die Hochschul- und Wissenschaftspolitik. Zu seiner Umsetzung bedarf es jetzt einer breiten Diskussion unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte der Stadt, mit den Gewerkschaften und der Handels- und der Handwerkskammer, mit den Kirchen, mit Stiftungen und Mäzenen, mit den Akteuren der Bürgergesellschaft. Noch kann Hamburg zu einer Kultur- und Wissenschaftsmetropole werden. In diesem Zusammenhang sollte die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses deutlich verbessert werden, so ließe sich die Doktorandenförderung mit Mentoren- und Torentätigkeiten verbinden. In diesem Zusammenhang muss auch daran erinnert werden, dass gerade die Geisteswissenschaften auf sehr gut ausgestattete Präsenzbibliotheken mit möglichst optimalen Arbeitsbedingungen und Öffnungszeiten angewiesen sind. Solche Bibliotheken für die Geisteswissenschaften zu schaffen, wäre eine Herausforderung, der sich Politik, Stiftungen und Mäzene dieser Stadt stellen sollten. Sie könnten kulturelle und wissenschaftliche Anziehungspunkte werden. Die zunehmenden Einschränkungen der Bestände durch Verlagerungen in Speichermagazine oder gar durch Vernichtung von vermeintlich

entbehrlichen Büchern sind kontraproduktiv und müssen ein Ende haben. Nichts sollte unversucht bleiben, um das ehemalige Fernmeldeamt an der Schlüterstraße und Binderstraße für die Universität zu erwerben. Damit würde ein kulturhistorisches und technisches Denkmal von Rang bewahrt werden und eine angemessene Nutzung erhalten.

„ES IST ZEIT FÜR EINE BILDUNGSINITIATIVE DER LÄNDER“

Bildung, Kultur und Wissenschaft sind im deutschen Föderalismus politische Felder, die von den Ländern und Stadtstaaten geprägt werden. Hamburg sollte hier initiativ werden. Es ist Zeit für eine Bildungsoffensive der Länder. Denjenigen, die Haushaltskonsolidierung für eine wichtige politische Aufgabe halten, erklären wir: Hamburg ist eine reiche Stadt und kann sich (nicht nur) eine reiche Universität leisten.

„LEISTUNGSSTEIGERUNG ANERKENNEN UND GEISTESWISSENSCHAFTEN AUSBAUEN“

Die seit den siebziger Jahren deutlich unterfinanzierten Hamburger Hochschulen haben insbesondere in den Geisteswissenschaften trotz einer beträchtlichen, von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von Studierenden und Lehrenden getragenen Überlast beachtliche Leistungen in Forschung und Lehre erbracht und damit zur Weiterentwicklung des Standortes Hamburg in erheblichem Maße beigetragen. Das Historische Seminar hat in dieser Zeit erhebliche personelle Einbußen erfahren. Gemessen am Stand von 1990, hat es nahezu die Hälfte aller Professuren eingebüßt. Darüber hinaus wurden selbst Nachwuchsstellen (Doktoranden/Postdoc) und wichtige Stellen in den Sekretariaten und Bibliotheken eingespart. Das 2004 zum Historischen Seminar gekommene Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte hat seit 2000 drei seiner vier Professuren, darunter die für Technik- und Umweltgeschichte, verloren. Gleichzeitig musste eine wachsende Zahl von Studierenden in einem wissenschaftlichen Studium ausgebildet werden. Durch ein bemerkenswertes Engagement des Lehrkörpers konnten trotz solcher Belastungen national und international anerkannte Forschungsleistungen erbracht werden. Es ist längst an der Zeit, die Rahmenbedingungen und damit die Leistungsfähigkeit der Universität nicht durch weitere Sparmaßnahmen noch mehr zu verschlechtern, sondern diesen Beitrag endlich durch eine deutliche, nachhaltige

Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Hochschulen anzuerkennen und damit die Zukunftsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung in Hamburg zu sichern.